



Antrag

der Abgeordneten **Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Martina Gießübel, Josef Heisl, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Helmut Schnotz CSU,**

Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöllner und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Verwaltung entbürokratisieren II: Sozialverwaltung durch besseres Zusammenspiel der Akteure effizienter gestalten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag schriftlich zu berichten,

- wie im Bereich der Eingliederungshilfe und der Kinder- und Jugendhilfe durch eine verbesserte Koordination und Zusammenarbeit Doppelstrukturen vermieden und Verwaltungsverfahren vereinfacht werden können,
- welche Maßnahmen ergriffen werden, um den Informationsaustausch zwischen den beteiligten Akteuren (Kommunen, freie Träger, staatliche Stellen) zu verbessern und klare Zuständigkeiten für Betroffene sicherzustellen,
- inwiefern bestehende Facharbeitsgruppen – wie etwa die Facharbeitsgruppe „Inklusion“ des Bündnisses für frühkindliche Bildung – als Plattform für eine bessere Abstimmung genutzt oder ausgebaut werden können,
- welche Vorschläge die Staatsregierung erarbeitet, um Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere Eltern und Kita-Personal, den Zugang zu den richtigen Ansprechpersonen schnell und unbürokratisch zu ermöglichen.

Begründung:

Die Vielzahl von Akteuren im sozialen Bereich – von staatlichen Stellen über Kommunen bis hin zu freien Trägern – kann in der Praxis oft zu Doppelstrukturen, unklaren Zuständigkeiten und erhöhtem Verwaltungsaufwand führen. Für die Betroffenen bedeutet dies dann zusätzliche Hürden und lange Wege, um notwendige Leistungen und Unterstützung zu erhalten.

Gerade im Bereich der Eingliederungshilfe sowie der Kinder- und Jugendhilfe ist ein besseres Zusammenspiel zwischen den beteiligten Stellen entscheidend, um Ressourcen effizient einzusetzen und die Qualität der Angebote zu sichern. Durch klarere Zuständigkeiten, verbesserte Abstimmungsprozesse und digitale Kooperationsplattformen kann die Verwaltung nicht nur effizienter, sondern auch bürgerfreundlicher gestaltet werden.

Ein strukturiertes und koordiniertes Vorgehen beim Zusammenspiel der Akteure trägt wesentlich dazu bei, Bürokratie abzubauen, die Verwaltung zu entlasten und den Bürgerinnen und Bürgern schnelle, unkomplizierte Unterstützung zu gewährleisten.